



**Informationsmemorandum – Version (11.06.2026)**

**zum Vergabeverfahren**

**Lieferung und Wartung von Niederflur-Stadtlinien-Bussen  
mit Brennstoffzellenantrieb**

**für die  
Duisburger Verkehrsgesellschaft AG  
Bungertstraße 27  
47053 Duisburg  
Deutschland**

**Frist für die Einreichung des Teilnahmeantrags:**

**14.07.2026, 10:00 Uhr**

## INHALTSVERZEICHNIS

I.	Ziel dieses Informationsmemorandums.....	3
II.	Projektvorstellung .....	4
1.	Unternehmensvorstellung .....	4
2.	Ausschreibungsgegenstand.....	4
3.	Besonderheiten der Ausschreibung .....	5
3.1	Gesamtlosvergabe .....	5
3.2	Wettbewerbsbeschränkungen .....	6
3.3	Nebenangebote/Alternativvorschläge .....	6
4.	Zeitplan.....	6
III.	Voraussichtlicher Verfahrensablauf.....	7
1.	Teilnahmewettbewerb.....	8
1.1	Fristen .....	8
1.2	Inhalt des Teilnahmeantrags .....	8
1.3	Wertung der Teilnahmeanträge .....	9
1.3.1	Stufe 1: Summarische Prüfung auf Vollständigkeit der abgeforderten Nachweise und Erklärungen und ggf. Nachforderung.....	9
1.3.2	Stufe 2: Prüfung des Vorliegens von Ausschlussgründen und Erfüllung der Mindeststandards und Mindestanforderungen .....	9
1.3.3	Verifizierung der Eignung vor Zuschlagserteilung.....	12
1.4	Bewerbergemeinschaften und Nachunternehmer.....	12
1.5	Hinweispflicht .....	13
2.	Weiterer Verfahrensablauf .....	13
3.	Entschädigungen .....	14
4.	Weitere Verfahrensinformationen und Fragen.....	14
5.	Rügepflicht.....	15
6.	Formblätter .....	16
7.	Änderungen .....	16

## **I. Ziel dieses Informationsmemorandums**

Mit diesem Informationsmemorandum möchte die Duisburger Verkehrsgesellschaft AG („DVG“ oder „Auftraggeber“) den Verfahrensablauf für das Vergabeverfahren „Lieferung und Wartung von Niederflur-Stadtlinien-Bussen mit Brennstoffzellenantrieb“ erläutern. Die DVG möchte damit das Verständnis des Marktes für das Projekt und das Vergabeverfahren verbessern. Dies soll es den Interessenten erleichtern, sich für die ausgeschriebenen Leistungen und das Vergabeverfahren optimal aufzustellen. Zugleich sichert die Information faire Wettbewerbsbedingungen.

Im weiteren Verlauf des Vergabeverfahrens werden den Bewerbern bzw. den Bewerbergemeinschaften (im Folgenden synonym als „Bewerber“ bezeichnet) umfassende weitere Informationen zur Verfügung gestellt. Für die Erstellung des Teilnahmeantrags werden die von der DVG bereitgestellten Unterlagen als ausreichend erachtet.

## **II. Projektvorstellung**

### **1. Unternehmensvorstellung**

Die DVG ist ein kommunales Unternehmen, das in Duisburg Dienstleistungen des öffentlichen Nahverkehrs erbringt. Die DVG arbeitet mit den benachbarten und weiteren kommunalen Verkehrsunternehmen im Tarifverbund VRR zusammen. Die DVG befördert jährlich rund 60 Mio. Fahrgäste in einem Verkehrsgebiet von 281 km<sup>2</sup>. Die DVG stellt sich als innovatives Unternehmen dem ständigen Wandel der Großstadt und versucht hierbei, flexibel auf neue Aufgabenfelder zu reagieren. Weitere Informationen zum Unternehmen finden Sie unter <http://www.dvg-duisburg.de/>.

Die DVG hat bereits im Jahr 2022 eine Buslinie vollständig auf alternative Antriebstechnologien umgestellt. Der Betrieb dieser Linie erfolgt mit sieben batterieelektrisch angetriebenen Gelenkbussen.

Zudem verfügt die DVG bereits über 25 Brennstoffzellen-Niederflur-Stadtlinienbusse, wodurch betriebliche Erfahrungen mit dieser Antriebstechnologie vorliegen.

Auf Basis derzeitiger Erkenntnisse und mit Blick auf Technologievorteil sowie Wirtschaftlichkeit stellt der Einsatz von Brennstoffzellenbussen mit dem Energieträger Wasserstoff einen sinnvollen und ökologischen Technologiewechsel für die bestehende Diesel-Busflotte der DVG dar.

### **2. Ausschreibungsgegenstand**

Das Projekt wird im Rahmen der „Richtlinie zur Förderung alternativer Antriebe im Schienenverkehr / von Bussen im Personenverkehr“ mit insgesamt 14.851.200 Euro durch das Bundesministerium für Verkehr (BMV) gefördert. Die Förderrichtlinie wird von der NOW GmbH koordiniert und durch den Projektträger Jülich (PtJ) umgesetzt.

Die DVG beabsichtigt in dem Zeitraum bis 2030 die gesamte Dieselbus-Flotte auf Busse mit Brennstoffzellenantrieb umzustellen. Hierfür sollen weitere 29 Gelenk-Niederflur-Stadtlinien-Busse sowie 26 Solo-Niederflur-Stadtlinien-Busse mit Brennstoffzellenantrieb als auch optional und unter Vorbehalt des Erhalts einer Förderung die Lieferung und Wartung von 11 Gelenk-Niederflur-Stadtlinien-Bussen mit Brennstoffzellenantrieb sowie 9 Solo-Niederflur-Stadtlinien-Bussen mit Brennstoffzellenantrieb beschafft werden.

Der Zeitplan sieht eine Lieferung von 13 Solo-Niederflur-Stadtlinien-Bussen bis zum 30.06.2027, eine Lieferung von 24 Gelenk-Niederflur-Stadtlinien-Bussen bis zum 30.11.2027

sowie eine Lieferung von 13 Solo- und 5 Gelenk-Niederflur-Stadtlinien-Bussen bis zum 31.08.2028 vor.

Zudem wird optional und unter dem Vorbehalt der Bewilligung entsprechender Fördermittel eine Lieferung von 9 Solo- und 11 Gelenk-Niederflur-Stadtlinien-Bussen bis zum 31.03.2029 in den Leistungsumfang aufgenommen.

Die Ausübung dieser Option steht ausdrücklich unter dem Vorbehalt der Bewilligung entsprechender Fördermittel gemäß der Richtlinie zur Förderung alternativer Antriebe von Bussen im Personenverkehr vom 27.04.2026 des Bundesministeriums für Verkehr.

Die Förderung wird durch den Zuwendungsgeber, koordiniert durch die NOW GmbH und umgesetzt über den Projektträger Jülich (PtJ), durchgeführt.

Ein Anspruch des Auftragnehmers auf Abruf der optionalen Leistungen besteht nicht.

Die Entscheidung über die Ausübung der Option trifft der Auftraggeber nach pflichtgemäßem Ermessen. Mit einer Entscheidung über die Förderzusage wird voraussichtlich bis zum 31.12.2026 gerechnet.

Der Zuschlag auf die optionale Leistung erfolgt ausschließlich unter der aufschiebenden Bedingung der Förderzusage. Sollte eine Förderung nicht oder nicht in dem vorgesehenen Umfang bewilligt werden, entfällt die Option ganz oder teilweise, ohne dass dem Auftragnehmer hieraus Ansprüche, insbesondere auf Schadensersatz oder entgangenen Gewinn, erwachsen.

Die DVG beabsichtigt zudem einen (Full-)Service-Vertrag über voraussichtlich 2 Jahre zzgl. Verlängerungsoptionen bis zur Erreichung einer Gesamtleistung von ca. 600.000 km je Fahrzeug abzuschließen.

Die technische Ausführung bzw. die Spezifikationen der Einzelfahrzeuge sind in den Lastenheften näher beschrieben, die den nach dem Teilnahmewettbewerb qualifizierten Bietern mit der Aufforderung zur Abgabe von indikativen Angeboten übersandt werden.

Die DVG behält sich vor, im Rahmen des Verfahrens vergaberechtlich zulässige Änderungen an den nachfolgend dargestellten Inhalten vorzunehmen.

### **3. Besonderheiten der Ausschreibung**

#### **3.1 Gesamtlosvergabe**

Die DVG strebt an, die mit diesem Vergabeverfahren zu beauftragenden Leistungen im Wege der Gesamtlosvergabe zu vergeben. Mit der Bündelung der Leistungen weicht die

DVG zulässig von dem in § 97 Abs. 4 GWB enthaltenen Grundsatz der losweisen Vergabe ab, um wirtschaftliche Synergieeffekte durch die Bündelung zu erzielen.

### 3.2 Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer wettbewerbsbeschränkenden Absprache beteiligen, werden ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung der Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art der Bieter wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

### 3.3 Nebenangebote/Alternativvorschläge

Nebenangebote/Alternativvorschläge sind nicht zugelassen.

Die DVG behält sich vor, Nebenangebote/Alternativvorschläge gegebenenfalls im Laufe des weiteren Verfahrens zuzulassen, sofern dies zweckmäßig erscheint.

## 4. Zeitplan

Das Vergabeverfahren sieht für den Teilnahmewettbewerb zunächst folgende Ecktermine vor:

Meilenstein	Termin/Datum
Eingang der Teilnahmeanträge	14.07.2026, 10:00 Uhr

Über den weiteren Ablauf des Vergabeverfahrens wird jeweils aktuell entschieden. Der Zeitplan wird sich dabei an den konkreten Anforderungen des Projektverlaufs orientieren. Er wird den interessierten Unternehmen jeweils aktuell mitgeteilt. Derzeit ist folgender weiterer, unverbindlicher Ablauf beabsichtigt:

Meilenstein	Termin/Datum
Aufforderung indikative Angebote	28.07.2026
Eingang der indikativen Angebote	31.08.2026

Verhandlungsgespräche*	07.09.2026 – 18.09.2026
Aufforderung verbindliche Angebote	05.10.2026
Eingang verbindliche Angebote	19.10.2026
Vorinformation nach § 134 GWB	29.10.2026
Zuschlag	09.11.2026
Lieferung von 13 Solo-Niederflur-Stadtlinien-Bussen	bis 30.06.2027
Lieferung von 24 Gelenk-Niederflur-Stadtlinien-Bussen	bis 30.11.2027
Lieferung von 13 Solo- und 5 Gelenk-Niederflur-Stadtlinien-Bussen	bis 31.08.2028
Option:	
Lieferung von 9 Solo- und 11 Gelenk-Niederflur-Stadtlinien-Bussen	bis 31.03.2029

\*Bereitstellung eines Vorführfahrzeugs für den Zeitraum der jeweiligen Verhandlung:

Jeder Bieter hat auf Anforderung des Auftraggebers für den Zeitraum der jeweiligen Verhandlungsgespräche ein Vorführfahrzeug auf dem Betriebshof des Auftraggebers bereitzustellen. Das Vorführfahrzeug sollte weitestgehend alle Muss-Kriterien aus dem Lastenheft erfüllen und mit einem Brennstoffzellenantrieb ausgerüstet sowie für den ÖPNV-Betrieb innerhalb der EU, des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) oder der Schweiz zugelassen sein. Dies dient der ersten Plausibilisierung der Erfüllung des Lastenheftes. Bieter, die kein Vorführfahrzeug stellen oder die ein Vorführfahrzeug stellen, das erhebliche Zweifel an der Erfüllung der Lastenheftanforderungen hervorruft, können vom weiteren Verfahren ausgeschlossen werden.

### **III. Voraussichtlicher Verfahrensablauf**

Das Vergabeverfahren wird als Verhandlungsverfahren mit vorheriger öffentlicher Aufforderung zur Teilnahme (Teilnahmewettbewerb) durchgeführt.

Das Verhandlungsverfahren wird nach den Regelungen der Sektorenverordnung (SektVO) sowie dem vierten Abschnitt des GWB durchgeführt.

## **1. Teilnahmewettbewerb**

Die Bewerber sind zunächst aufgefordert, in einem vorgeschalteten Teilnahmewettbewerb ihre Eignung unter Beweis zu stellen. Für die Erstellung des Teilnahmeantrags durch die Bewerber erfolgt keine Kostenerstattung seitens des Auftraggebers.

Der Auftraggeber fordert alle Bewerber zur Angebotsabgabe auf, die den Mindestanforderungen des Teilnahmewettbewerbs entsprochen haben.

### **1.1 Fristen**

Die Teilnahmeanträge sowie sämtlicher Anhang und sämtliches ergänzendes Material sind in deutscher Sprache abzufassen. Der Teilnahmeantrag ist mit den in der europaweiten Bekanntmachung geforderten Angaben und Unterlagen zur Beurteilung der Eignung über den Projektraum des Vergabemarktplatz Metropole Ruhr (<http://www.vergabe.metropoleruhr.de>, dort im Bereich „Teilnahmeanträge“) bis zu den in der europaweiten Bekanntmachung genannten Termin an den Auftraggeber zu übermitteln.

Bewerber werden darauf hingewiesen, dass die Übermittlung von elektronischen Teilnahmeanträgen abhängig von der Dateigröße und der Übertragungsgeschwindigkeit abhängt und daher ein ausreichender Zeitpuffer einzukalkulieren ist.

Bewerbungen, die verspätet oder nicht formgerecht eingehen, können ggf. vom weiteren Verfahren ausgeschlossen werden.

Das Einreichen der Bewerbung per Post, Fax oder als E-Mail ist nicht ausreichend.

Verspätet eingegangene Teilnahmeanträge werden nicht berücksichtigt. Das Recht zur Nachforderung bei unvollständigen Teilnahmeanträgen (dazu unten) bleibt davon unberührt.

### **1.2 Inhalt des Teilnahmeantrags**

Mit dem Teilnahmeantrag sind die in der Bekanntmachung und diesem Informationsmemorandum genannten Nachweise und Erklärungen vorzulegen. Dafür sind - soweit vorgesehen - die in **Anlage 1** beigefügten Formblätter zu verwenden. Die DVG weist darauf hin, dass einzelne Eignungsnachweise bestimmten inhaltlichen Mindestanforderungen genügen müssen. Die den inhaltlichen Mindestanforderungen entsprechenden Teilnahmeanträge werden nach den Vorgaben in Bekanntmachung und Informationsmemorandum nebst Anlagen bewertet.



### 1.3 Wertung der Teilnahmeanträge

Die Wertung der Teilnahmeanträge erfolgt in zwei Schritten:

#### 1.3.1 Stufe 1: Summarische Prüfung auf Vollständigkeit der abgeforderten Nachweise und Erklärungen und ggf. Nachforderung

Der Auftraggeber wird die fristgerecht eingegangenen Teilnahmeanträge summarisch auf Vollständigkeit prüfen. Soweit sich daraus ergibt, dass Teilnahmeanträge unvollständig sind, kann der Auftraggeber die entsprechenden Erklärungen und Nachweise mit Ausnahme des **Formblatts TA 1** (Teilnahmeantrag) von dem betreffenden Bewerber innerhalb einer für alle Bewerber/Bewerbergemeinschaften einheitlichen Nachfrist anfordern. Dieses Recht zur Nachforderung von Unterlagen begründet indes keine Verantwortung des Auftraggebers für die Vollständigkeit der Teilnahmeanträge. Haftungsansprüche aus einer fahrlässig versäumten Nachforderung von Unterlagen sind ausgeschlossen. Jeder Bewerber / jede Bewerbergemeinschaft bleibt für den Nachweis seiner Eignung und die Vollständigkeit seines Teilnahmeantrages allein verantwortlich.

#### 1.3.2 Stufe 2: Prüfung des Vorliegens von Ausschlussgründen und Erfüllung der Mindeststandards und Mindestanforderungen

Der Auftraggeber wird anschließend prüfen, ob Ausschlussgründe vorliegen und die Mindeststandards und Mindestanforderungen erfüllt sind, die sich aus der Bekanntmachung ergeben. Als geeignet gelten Bewerber, die die geforderten Nachweise und Erklärungen vorgelegt haben, bei denen keine Ausschlussgründe nach § 123 GWB vorliegen und deren Erklärung über das Vorliegen von weiteren Ausschlussgründen, insbesondere nach § 124 GWB nicht auf Unzuverlässigkeit schließen lässt und die mindestens geforderten wertungsfähigen Referenzen nachweisen. Der Auftraggeber behält sich zudem vor, im Rahmen des rechtlich Zulässigen, Erfahrungen mit dem Bewerber/der Bewerbergemeinschaft bei der Bewertung zu berücksichtigen.

Zum Nachweis der Erfüllung der Mindeststandards und Mindestanforderungen sind die in **Anlage 1** genannten Nachweise und Erklärungen (insbesondere die dort jeweils genannten Formblätter) einzureichen.

##### a. Persönliche Leistungsfähigkeit

- Angaben zum Bewerber bzw. der Bewerbergemeinschaft (Name, Rechtsform, Anschrift, Telefon, Telefax, E-Mail Adresse, Ansprechpartner) und zu den geschäftsführenden Personen (Anlage 1 – **Formblatt TA 1**),

- Ggf. Erklärung der Mitglieder von Bewerbergemeinschaften (Anlage 1 – **Formblatt TA 5**)
- Erklärung darüber, dass keine Ausschlussgründe, insbesondere nach §§ 123, 124 GWB, vorliegen (Anlage 1 – **Formblatt TA 2**),
- Nachweis über die erlaubte Berufsausübung, je nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes, in dem das Unternehmen ansässig ist, entweder über die Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister dieses Staates oder durch Nachweis auf andere Weise (Anlage 1 – **Formblatt TA 3**),
- Antiterrorerklärung (Anlage 1 – **Formblatt TA 8**),
- Eigenerklärung Russland-Sanktionen im Bereich der Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen (Anlage 1 – **Formblatt TA 9**),
- Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle (nicht mit dem Teilnahmeantrag einzureichen) sind Erklärungen der nach § 47 Abs. 1 SektVO (im Teilnahmeantrag) benannten eignungsrelevanten Dritten sowie der (ggf. im Angebot) angegebenen nicht eignungsrelevanten Nachunternehmer nach § 34 Abs. 1 SektVO vorzulegen, dass dem Bewerber/Bieter im Falle der Zuschlagserteilung die für den Auftrag erforderlichen Mittel der benannten Dritten bzw. Nachunternehmer tatsächlich zur Verfügung stehen werden (Anlage 1 – **Formblatt TA 4, TA 6 und TA 7**). Die Nachunternehmer bzw. Eignungsleihenden müssen ebenfalls die **Formblätter TA 2, TA 3, TA 8 und TA 9** ausfüllen, soweit sich der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft auf die Leistungsfähigkeit der Nachunternehmer beruft.

#### **b. Finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit**

- Erklärung über den Gesamtumsatz (netto), den der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft mit der Lieferung von Niederflur-Linien-Omnibussen (Solobussen und/oder Gelenkbussen) mit Brennstoffzellenantrieb in den vergangenen drei abgeschlossenen Geschäftsjahren erzielt hat – (Anlage 1 – **Formblatt TA 3**).
- Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle (nicht mit dem Teilnahmeantrag einzureichen) sind Erklärungen der nach § 47 Abs. 1 SektVO (im Teilnahmeantrag) benannten eignungsrelevanten Dritten sowie der (ggf. im Angebot) angegebenen nicht eignungsrelevanten Nachunternehmer nach § 34 Abs. 1 SektVO vorzulegen, dass dem Bewerber/Bieter im Falle der Zuschlagserteilung die für den Auftrag erforderlichen Mittel der

benannten Dritten bzw. Nachunternehmer tatsächlich zur Verfügung stehen werden (Anlage 1 – **Formblatt TA 4, TA 6 und TA 7**). Die Nachunternehmer bzw. Eignungsleihenden müssen ebenfalls die **Formblätter TA 2, TA 3, TA 8 und TA 9** ausfüllen, soweit sich der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft auf die Leistungsfähigkeit der Nachunternehmer beruft.

### **c. Technische Leistungsfähigkeit**

Bewerber müssen über eine für den Auftrag ausreichende technische Leistungsfähigkeit verfügen. Der Auftraggeber wird Bewerber ausschließen, bei denen begründete Zweifel daran bestehen, dass sie die für die Leistungserbringung erforderliche technische Leistungsfähigkeit haben. Dies kann sich aufgrund nicht vorliegender Mindestreferenzen ergeben. Die Erfüllung der Mindestkriterien für die technische Leistungsfähigkeit ergibt sich aus den entsprechenden Angaben in Anlage 1 – **Formblatt TA 3**.

Vom Bewerber bzw. der Bewerbergemeinschaft sind mit dem Teilnahmeantrag folgende Nachweise und Erklärungen als Mindestkriterien zur technischen Leistungsfähigkeit in der aufgeführten Reihenfolge vorzulegen:

- Referenzen über die Lieferung von mindestens zwanzig (20) Solo-Niederflur-Linienomnibussen sowie mindestens zwanzig (20) Gelenk-Niederflur-Linienomnibussen mit Brennstoffzellenantrieb für den ÖPNV-Betrieb innerhalb der Europäischen Union (EU), des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) oder der Schweiz nachzuweisen. Die Referenzleistungen müssen innerhalb der letzten fünf Jahre vor Ablauf der Teilnahmefrist erbracht und vom jeweiligen Referenzauftraggeber abgenommen worden sein.
- Der Nachweis kann durch eine einzelne Referenz oder durch Kumulation mehrerer Referenzen erbracht werden. Dabei müssen insgesamt mindestens zwanzig (20) Solo-Niederflur-Linienomnibusse und mindestens zwanzig (20) Gelenk-Niederflur-Linienomnibusse nachgewiesen werden

#### **(Anlage 1 – Formblatt TA 3)**

Für jedes Referenzprojekt sind folgende Angaben zu machen:

- Referenz-Nr.,
- Referenzbezeichnung,
- Referenzauftraggeber (Name, Anschrift),
- Ansprechpartner beim Referenz-Auftraggeber (Name, Telefon / E-Mail),
- Auftragnehmer,
- Unterauftragnehmer für Teilleistungen (soweit einschlägig),
- Auftragsvolumen in Euro (netto) (freiwillige Angabe),

- Leistungszeitraum Auslieferung,
  - Abnahmedatum
  - Anzahl gelieferte Solo- und/oder Gelenk-Niederflur-Linienomnibusse,
  - Referenzschreiben des Auftraggebers, soweit vorhanden.
- 
- Nachweis der Zertifizierung nach DIN EN ISO 9001 und DIN EN ISO 14001 (oder jeweils gleichwertig)
  - Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle (nicht mit dem Teilnahmeantrag einzureichen) sind Erklärungen der nach § 47 Abs. 1 SektVO (im Teilnahmeantrag) benannten eignungsrelevanten Dritten sowie der (ggf. im Angebot) angegebenen nicht eignungsrelevanten Nachunternehmer nach § 34 Abs. 1 SektVO vorzulegen, dass dem Bewerber/Bieter im Falle der Zuschlagserteilung die für den Auftrag erforderlichen Mittel der benannten Dritten bzw. Nachunternehmer tatsächlich zur Verfügung stehen werden (Anlage 1 – **Formblatt TA 4, TA 6 und TA 7**). Die Nachunternehmer bzw. Eignungsleihenden müssen ebenfalls die **Formblätter TA 2, TA 3, TA 8 und TA 9** ausfüllen, soweit sich der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft auf die Leistungsfähigkeit der Nachunternehmer beruft.

Von Bewerbergemeinschaften gemeinsam erbrachte Referenzen sind als solche anzugeben. Der Auftraggeber behält sich vor, die Referenzangaben zu prüfen.

### **1.3.3 Verifizierung der Eignung vor Zuschlagserteilung**

Die DVG behält sich das Recht vor, die Angaben der Bewerber zu ihrer Eignung bis zur Zuschlagserteilung zu verifizieren, Erkundungen bei den Referenzgebern anzustellen oder weitere Unterlagen der Bewerber zur Validierung der im Teilnahmewettbewerb gemachten Erklärungen abzufordern. Insbesondere wird die DVG gemäß § 6 WRegG vor Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister einholen.

### **1.4 Bewerbergemeinschaften und Nachunternehmer**

Bewerbergemeinschaften dürfen im Rahmen des kartellrechtlich Zulässigen gebildet werden. Sie müssen mit ihrem Teilnahmeantrag eine Erklärung zum wettbewerbskonformen Verhalten abgeben (Anlage 1 – **Formblatt TA 5**).

Soweit Bewerbergemeinschaften zu gründen sind, weist die DVG jedoch darauf hin, dass die Partner eines solchen Konsortium bereits bis zum Ablauf der Einreichungsfrist für den Teilnahmeantrag zu diesem Vergabeverfahren abschließend zu benennen sind.

Die DVG weist darauf hin, dass Änderungen in der Zusammensetzung der Bewerber-/ Bietergemeinschaft nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs nach Maßgabe der Rechtsprechung nur eingeschränkt zulässig sind.

Mehrfachbeteiligungen können zum Ausschluss des/der betreffenden Bewerber/Bewerbergemeinschaften führen, falls diese bzw. die betroffenen Unternehmen nicht nachweisen können, dass ihre Teilnahmeanträge/Angebote völlig unabhängig voneinander formuliert werden/wurden und daher die Gefahr der Beeinflussung des (Geheim-)Wettbewerbs nicht besteht.

### **1.5 Hinweispflicht**

Enthalten die Bekanntmachung oder die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Unterlagen Unklarheiten, Widersprüche oder verstoßen diese nach Auffassung des Bewerbers gegen geltendes Recht, so hat der Bewerber die DVG unverzüglich schriftlich darauf hinzuweisen. Unterbleibt ein solcher Hinweis trotz Erkennbarkeit, kann der Bewerber aus diesen Aspekten keine Rechte geltend machen.

## **2. Weiterer Verfahrensablauf**

Über den weiteren Verfahrensablauf nach Ablauf der Frist zur Einreichung der Teilnahmeanträge, insbesondere über eventuelle Änderungen des geplanten Zeitablaufs wird die DVG rechtzeitig gesondert informieren.

Die geplanten Zuschlagskriterien für die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots werden folgende zwei Kategorien umfassen:

- Preis (Lieferung und Wartung der Fahrzeuge) [80%]
- Technik und Umwelt (z.B. Erfüllungsgrad der Lastenheftanforderungen, Fahrgastkapazität, Verfügbarkeit, Energieverbrauch und Mindestreichweite) [20%]

Die genauen Zuschlagskriterien einschließlich Unterkriterien sowie Wertungs- und Wichtungsmechanismus werden den späteren Bietern mit der Aufforderung zur Abgabe eines indikativen Angebots mitgeteilt. Sie bilden zugleich den Maßstab für eine Reduzierung des späteren Bieterkreises nach Eingang und Auswertung der indikativen Angebote.

Die DVG behält sich vor, den Bieterkreis nach der ersten Angebotswertung zu beschränken, also nicht mit allen Bietern Verhandlungsgespräche zu führen. Es wird jedoch mit mindestens drei Bietern verhandelt, sofern ausreichend indikative Angebote eingegangen sind. Durch dieses Verfahren soll gegebenenfalls unnötiger Aufwand bei den Bietern vermieden werden.

Alle nicht weiter am Verfahren beteiligten Bieter erhalten eine Zwischeninformation. Diese Bieter werden nicht aus dem Verfahren ausgeschlossen, sondern bleiben als Reservebieter erhalten. Sie werden jedoch nur und erst dann wieder in das Verfahren einbezogen, wenn die Verhandlungen mit dem/den bevorzugten Bieter(n) nicht (mehr) erfolgversprechend sind.

Im Anschluss an die Verhandlungen werden die Bieter, mit denen verhandelt wurde, aufgefordert, ein finales Angebot einzureichen. Die angebotenen Preise im finalen Angebot dürfen gegenüber dem indikativen Angebot nur gesteigert und qualitative Zusagen im Sinne der Zuschlagskriterien nur gesenkt werden, soweit sie nachweisbar auf Änderungen der Vergabeunterlagen oder Änderungen der vom Bieter nicht zu beeinflussenden Rahmenbedingungen (z.B. Änderung gesetzlicher Rahmenbedingungen) beruhen.

### **3. Entschädigungen**

Für die Teilnahme an dieser Ausschreibung werden keinerlei Entschädigungen gewährt.

### **4. Weitere Verfahrensinformationen und Fragen**

Das Wettbewerbsverfahren wird über einen Projektraum des Vergabemarktplatzes Metropole Ruhr (<http://www.vergabe.metropoleruhr.de>) abgewickelt. Alle Bewerber erhalten einen kostenfreien Zugang zum Projektraum, in dem die Unterlagen zu diesem Wettbewerbsverfahren hinterlegt sind.

Alle Bewerber werden darauf hingewiesen, dass der Auftraggeber während des wettbewerblichen Verfahrens ausschließlich über die Vergabeplattform mit den Bewerbern kommuniziert. Mitteilungen des Auftraggebers an die Bewerber gelten nach den Bestimmungen des Vergabeportals als zugegangen, wenn diese in den Projektraum eingestellt werden. Bewerber sind daher im eigenen Interesse gehalten, regelmäßig im Projektraum nach Mitteilungen des Auftraggebers zu schauen, insbesondere 5 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist.

Fragen zu den Vergabeunterlagen oder Hinweise auf etwaige Unklarheiten sind bis spätestens 7 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist ausschließlich über die o.g. Vergabeplatt-

form an den Auftraggeber unter Verwendung des **Formblatts TA 10** zu richten. Der Auftraggeber kann von der Beantwortung von Fragen absehen, die nach diesem Zeitpunkt eingehen.

Die Antworten auf Bieterfragen werden allen Bietern zeitgleich über die o.g. Vergabepattform übermittelt.

Die Bewerber sind aufgefordert, keine Informationen bei anderen Vertretern der DVG, deren Mitarbeitern oder Mitarbeitern von Drittfirmen oder Beratern einzuholen. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann zum Ausschluss des Bewerbers führen.

Die übersandten Unterlagen sind vertraulich zu behandeln und dürfen nur im Rahmen dieser Ausschreibung verwendet werden.

Änderungen an den vorformulierten Texten der Formblätter sind unzulässig.

Änderungen an den Eintragungen des Bewerbers sind zweifelsfrei kenntlich zu machen.

## **5. Rügepflicht**

Die Zulässigkeit von Nachprüfungsanträgen richtet sich nach § 160 GWB. Nach § 160 Abs. 3 GWB ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. Mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Dies gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2 GWB. § 134 Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

## **6. Formblätter**

Die Bewerber werden gebeten, die als **Anlage 1** beigefügten Formblätter zu verwenden.

## **7. Änderungen**

Die DVG behält sich Änderungen an den Vergabeunterlagen vor.

### Anlagen

#### **Anlage 1 – Formblätter**